

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.

Guido van den Berg
(SPD)



Theo Kruse (CDU)



Unter „Open Government“ verstehe ich ...

... eine Weiterentwicklung von „mehr Demokratie wagen“. Zu Recht hat Willy Brandt darauf verwiesen, dass die bloße Existenz von Institutionen, Gremien und Wahlen nicht ausreicht. Demokratie lebt vom Mitmachen und ist deshalb auch niemals „fertig“.

... die Öffnung von Staat und Verwaltung gegenüber der Gesellschaft. Dadurch können sich Bürger leichter über die Tätigkeit der Verwaltung informieren, Verwaltungsmitarbeiter von Einzelauskünften entlastet und wissensbasierte Dienstleistungen auf der Grundlage von Verwaltungsdaten verbessert werden.

Den größten Handlungsbedarf sehe ich derzeit ...

... in den Bereichen Partizipation, Transparenz und Zusammenarbeit. Bürgerinnen und Bürger sollten besseren Zugang zu universell computerlesbaren Datensätzen der Landesregierung haben – das Stichwort dafür ist „Open Data“.

... bei der Klärung der Rechtsfragen, die sich beim Bereitstellen von Daten der öffentlichen Hand zur Weiterverwendung im Internet stellen. Was darf ein Nutzer mit den bereitgestellten Daten tun, darf er sie verarbeiten, verändern, eine auf einem Datensatz basierende Anwendung gegen Entgelt anbieten?

Bürgerinnen und Bürger auch digital stärker zu beteiligen ...

... ist spätestens eine Lehre aus dem umkämpften Bahnprojekt „Stuttgart 21“. Aushänge in Schaukästen, Veröffentlichungen in Amtsdeutsch per Zeitungsanzeigen und Möglichkeiten zur Akteneinsicht in Amtsstuben reichen im Zeitalter von Web 2.0 nicht aus, um Beteiligung und Akzeptanz sicherzustellen.

... eröffnet aus meiner Sicht die Möglichkeit, gesellschaftliche Bedürfnisse und Anforderungen in Zukunft schneller erkennen und bei staatlichem Handeln berücksichtigen zu können.

In puncto Bürger-Information und Beteiligung sollte der Landtag ...

... die Bürgerinnen und Bürger als wirkliche Partner verstehen, die eingeladen werden müssen, Ideen und Verbesserungsmöglichkeiten einzubringen. Wir müssen uns auf neue Formen der Zusammenarbeit einlassen wollen. Es geht darum, das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung nachhaltig zu verändern. Auch diejenigen, die mit Online-Medien nichts anfangen können, müssen sich einbringen können.

... dazu beitragen, dass Open Data und Open Government in Deutschland weiter ausgebaut werden, im föderalen Verbund und zum Nutzen aller. Idealerweise sollte ein zentrales ebenenübergreifendes Portal geschaffen werden, um einen leichteren Zugang zu den Daten in Bund, Ländern und Kommunen zu ermöglichen.

Grenzen von Bürgerbeteiligung in einer parlamentarischen Demokratie ...

... müssen geklärt sein. Eine Online-Umfrage wird nie eine Parlamentsabstimmung ersetzen. Es geht aber darum, dass in parlamentarischen Verfahren alle Bürgerinnen und Bürger Beteiligungsmöglichkeiten nutzen können. Bürgerinnen und Bürger sollten das Recht haben, dass Politik und Verwaltung auch individuelle Anregungen mit bedenken und abwägen.

... hängen jeweils davon ab, ob eine Fragestellung vertiefte Sachkenntnis erfordert und wie sich Beteiligung organisieren lässt. Der Moderationsprozess von Heiner Geißler zu Stuttgart 21 hat gezeigt, dass auch komplizierte Fragen zu einem Ergebnis geführt werden können.

Diesmal zum Thema Open Government.

Matthi Bolte (GRÜNE)



... einen grundlegenden Kulturwandel in Politik und Verwaltung, der erst durch die Digitalisierung möglich geworden ist. Open Government ermöglicht mehr Demokratie, mehr Mitsprache und transparentere politische Prozesse. Daraus erwächst ein neues, moderneres Verhältnis von BürgerInnen und Staat.

... beim offenen Zugang zu öffentlichen Daten und Informationen, also Open Data. Diese Philosophie ersetzt die bisher angenommene Holschuld der Bürgerinnen und Bürger durch eine Bringschuld der Verwaltung. Offene Daten bieten neben dem demokratischen Transparenzgewinn viele gesellschaftliche Vorteile.

... ist das Gebot der Stunde! Dabei wollen wir auch denen, die heute noch nicht regelmäßig online sind, Zugänge schaffen. Dafür notwendig sind zahlreiche Maßnahmen von der Verbesserung der Breitbandversorgung bis zur verstärkten Medienkompetenzförderung für alle Altersgruppen.

... eine Vorbildfunktion wahrnehmen. In diesem Sinne ist es gut, dass die Liveübertragungen der Plenarsitzungen technisch optimiert werden. Ich würde mir aber auch wünschen, dass alle Anhörungen per Stream übertragen würden. Dokumente sollten übersichtlicher und in offenen Formaten bereitgestellt werden.

... sollten in der Diskussion nicht immer vor den Chancen thematisiert werden. Natürlich gibt es Bereiche, in denen am Ende demokratisch legitimierte Abgeordnete entscheiden sollten, aber oft geht es vor allem um die frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung – und da gibt es Nachbesserungsbedarf.

Dirk Wedel (FDP)



..., durch gelebte Transparenz im Regierungs- und Verwaltungshandeln größeres Vertrauen bei den Bürgern zu schaffen. Dazu gehören eine adressatengerechte Bereitstellung relevanter Daten statt unbrauchbarer Datenfriedhöfe und praxistaugliche Partizipationsformate, um aus Betroffenen Beteiligte zu machen.

... darin, von Theorie und warmen Worten in Schauanträgen sowie unergiebigsten Arbeitsgruppen auf Regierungsseite endlich zu konkreten Taten und Projekten für gelebtes Open Government in NRW zu kommen und dabei dem demografischen Wandel ausreichend gerecht zu werden.

... ist eine Aufgabe, bei der IT.NRW als Dienstleister einen wichtigen Beitrag leisten muss. Ziel sollte sein, überzeugende Konzepte und praxistaugliche Angebote für Bürger, gesellschaftliche Gruppen, Verbände, Politik, Wirtschaft und die Verwaltung anzubieten.

... neue Wege gehen. Rot-Grün sollte ein Transparenzgesetz nach Vorbild Hamburgs nicht vorschnell ablehnen. Zudem wäre es aus Sicht der FDP sinnvoll, ein Projekt für ein neues Instrument zur Bürgeranhörung zu starten und in einem zentralen Portal benutzerfreundlich Informationen der Ministerien und anderen Behörden zu bündeln.

... bestehen, da sie durch Elemente der direkten Demokratie immer nur ergänzt wird. So würde eine inhaltliche Ausweitung von Volksbegehren auf Finanzfragen die Wahrung der Budgethoheit des gesamtverantwortlichen Parlaments für eine ausgewogene Verteilung der beschränkten Haushaltsmittel negativ tangieren.

Michele Marsching (PIRATEN)



... modernes Regierungshandeln in Zeiten eines immer stärker werdenden Wunsches der Bürger nach Beteiligung an politischen Prozessen.

... darin, die Landesregierung davon zu überzeugen, Open Data – den freien Zugang zu Informationen – als elementaren ersten Schritt umzusetzen. Dazu haben wir einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, ein Transparenzgesetz zu erarbeiten.

... ermöglicht jedem Einzelnen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dies ist der erste Schritt zu einer modernen Gesellschaft.

... seine Aufgabe ernst nehmen, alle relevanten Informationen zeitnah zur Verfügung zu stellen und daraufhin eingehende Vorschläge ergebnisoffen in die Beratungen einzubeziehen.

... gibt es im besten Falle nicht.